

## Stimmen vom Kongress

## Russland will einen Vertrag

(BS/hb) "Russland braucht und will ein starkes und einig Europa", versicherte *Vladimir Chizhov*, Botschafter Russlands bei der EU auf der 8. Berliner Sicherheitskonferenz in einem Streitgespräch mit Botschafter a. D. und Russlandspezialist *Dr. Hans-Friedrich von Ploetz*. *Chizhov* sprach sich für einen "Europäischen Sicherheitsvertrag" aus. Europa und Russland bildeten einen großen Sicherheitsraum, in dem jeder seine Rolle spiele, auch Russland. Die Vorschläge von Präsident *Medwedew* seien ein Blick in eine neue Zukunft und ein Schritt nach vorne. Nur eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur schaffe in der Zukunft Frieden und Wohlstand. "Aus russischer Sicht würde ein Europäischer Sicherheitsvertrag die neuen Realitäten in der euro-atlantischen Ära reflektieren, dem Kalten Krieg ein Ende setzen und in rechtlich verbindlicher Weise die Prinzipien der Unteilbarkeit von Sicherheit verankern."

## Notwendigkeit der Sicherheitspolitik

(BS/ein) "Die EU hat keinen Strauß als Wappentier, der den Kopf in den Sand steckt", stellte der ehemalige österreichische Bundeskanzler *Dr. Wolfgang Schüssel* fest. Er betonte, dass eine aktive und umfassende europäische Sicherheitspolitik notwendig sei, um global der politischen und wirtschaftlichen Dimension der EU gerecht zu werden. *Schüssel* plädierte für ein ganzheitliches europäisches Sicherheitskonzept, das dem globalen Anspruch der EU gerecht werde. Dabei müsse sich Europa besser gegenüber seinem unverzichtbaren Partner USA vermarkten und sich vor allem Russland als verlässlichster Nachbar zu verstehen geben. Eine große Gefahr stelle die Atomkraft dar – ein Drittel der internationalen Atomkraft werde kontrolliert, zwei Drittel nicht. Dort Sicherheit zu schaffen, verlange internationale Kooperation, da mehr als ein Dutzend Staaten bereits die Möglichkeit hätten, nukleare Waffen zu entwickeln. Während sich die "reported incidents" (veröffentlichungspflichtige Zwischenfälle) in den letzten drei Jahren verdoppelt hätten, überlegten 50 Staaten in neue Atomkraftwerke zu investieren. *Schüssel* sieht in diesem Kontext die internationalen Verträge über Non-Proliferation im Moment als unwirksam an.

## Mehr Durchsetzungskraft der EU

(BS/fra) "Die Europäische Union hat seit zehn Jahren eine Sicherheitsstrategie auf dem Papier, aber in der Realität heißt es immer noch: Warten auf *Obama*", sagte *Angelika Beer* im Balkan-Forum auf der Berliner Sicherheitskonferenz. "Es geht nun darum, das berechtigte Sicherheitsinteresse Europas auch selbst zu verfolgen." Allerdings riskiere die EU bei ihrer derzeitigen Erweiterungspolitik ihre Glaubwürdigkeit. Als Beispiel nannte *Beer* den "unsinnigen" Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland. "Für einen Beitritt in die EU dürfen nur die Kopenhagener Kriterien gelten. Und Mazedonien erfüllt klar diese Kriterien", betonte *Beer*. "Warum gibt es keine Sanktionen gegen Griechenland, das bisher klar gegen alle Kriterien der EU verstoßen hat?" Diese Einschätzung wurde auch durch den ehemaligen Staatssekretär *Walter Kolbow* geteilt. "Es kann doch nicht sein, dass sich ganz Europa der Erpressungspolitik der Athener beugt", betonte *Kolbow*. "Die USA sind bei der Durchsetzung ihrer Interessen wesentlich weiter als Europa oder auch Deutschland."

## Fehlende Interoperabilität

(BS/ein) Bei 31 offiziellen Sprachen und weltweit 80.000 Soldaten im Einsatz komme es bei der NATO auf die Abstimmung an, sagte der stellvertretende Vorsitzende der NATO C3 Agency, *Kevin J. Scheid*. Seine Organisation fungiere dementsprechend "als eine Art Leim" zwischen den unterschiedlichen Systemen. Als größte Herausforderung im Sicherheits- und Verteidigungsbereich sieht *Scheid* die Interoperabilität verschiedener (Kommunikations-)Systeme, um nationale Kapazitäten einbinden zu können. Während des NATO-Einsatzes auf dem Balkan habe es sieben verschiedene Typen von Telefonen bei den Bündnispartnern gegeben mit entsprechend vielen Wahlsequenzen.

## Vernetzte Sicherheit als Herausforderung

(BS/lau) "Vernetzte Sicherheit ist eine Herausforderung für Bundeswehr und Industrie", sagte *Dr. Markus Hellenthal* von Thales auf dem 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung. *Hellenthal* betonte, dass militärische sowie nichtmilitärische Organisationen von der Güte des Inputs aus Nachrichten, IT-Beschaffenheit und Netzwerken abhängen. Die Anforderung sei daher, den Schutz der Bevölkerung und der Kritischen Infrastrukturen als vernetzte Aufgabe zu gewährleisten. Vernetzte Sicherheit bedeute das vernetzte Agieren von Entscheidern und Leiten und Einsatzkräften, erklärte *Hellenthal* weiter. Ein vernetztes Sicherheitskonzept bringe technologische Innovationen mit den Herausforderungen der Sicherheitspolitik in Einklang.

## Maritime Sicherheit

(BS/lkm) Der Atlantische Ozean, das Europäische Nordmeer, das Mittelmeer, das Schwarze Meer und die Ostsee, sie alle grenzen an Europa. Um Sicherheit in Europa zu schaffen, darf deshalb die maritime Sicherheit, Vizeadmiral a. D. *Lutz Feldt*, Präsident des Deutschen Marine Instituts (DMI), zufolge, nicht vernachlässigt werden. *Feldt* betonte, dass das größte Problem für eine umfassende maritime Sicherheit die Blindheit gegen maritime Fragen sei, die in den meisten EU-Mitgliedsstaaten immer noch vorherrsche. Innerhalb der EU sei es bis heute nur die Europäische Kommission, die sich mit maritimen Fragen befasse. Trotz gewisser Fortschritte bei der maritimen Sicherheit kritisierte *Feldt*, dass es bislang keinen einheitlichen übergreifenden Ansatz für Europa gebe. "Alle Aktivitäten beschränken sich mehr oder weniger nur auf bestimmte Sektoren, und wurden so konzipiert, dass sie jeweils nur einem einzelnen Zweck dienen."

## Neubeginn mit Realismus

Impulse für die Europäische Sicherheitsstrategie

(BS/Reimar Scherz) Zum achten Mal trafen sich Politik, Militär und Industrie in Berlin, um bei der Berliner Sicherheitskonferenz (Berlin Security Conference / bsc) Fragen zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung zu diskutieren. Rund 1.000 Gäste aus dem In- und Ausland kamen, um im Berliner Congress Center am Alexanderplatz dem Programm der zweitägigen Veranstaltung zu folgen und die begleitende Ausstellung zu besuchen. Der 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung, der durch den Behörden Spiegel wieder in enger Zusammenarbeit mit *Dr. Karl von Wogau*, dem früheren Vorsitzenden des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament und heutigen Präsidenten der European Security Foundation (ESF), durchgeführt wurde, stand in diesem Jahr unter der Überschrift "Impulse für die Europäische Sicherheitsstrategie – Neubeginn mit Realismus". Über 100 Mitwirkende trugen mit ihren Beiträgen im Plenum, in vier Foren und in den zwölf Panelveranstaltungen zu einem interessanten und abwechslungsreichen Programm bei, das durch das Gespräch auf den Ständen zahlreicher nationaler und internationaler Rüstungsfirmen ergänzt wurde.

Das Thema des Kongresses wurde in enger Anlehnung an die Ergebnisse des Europäischen Rates und die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs vom Dezember 2008 gewählt. Mit der Erklärung zur Verbesserung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sollten deutliche Zeichen gesetzt und die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 in neue, realistischere Bahnen gelenkt werden. Die EU will sich den neuen Herausforderungen, wie z. B. dem Kampf gegen den Terrorismus, gegen das organisierte Verbrechen und gegen die Angriffe auf das weltweite Datennetz, stellen und ihre zivilen und militärischen Fähigkeiten für künftige Einsätze schrittweise ausbauen. Auch der Ausbau der strategischen Partnerschaft mit der NATO und der Aufbau einer europäischen technologischen und industriellen Basis gehören zu den erklärten Zielen dieser EU-Deklaration.

## Die Eröffnung des Kongresses

Die Berliner Sicherheitskonferenz wurde durch *Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering* eröffnet. Von Interesse nicht nur für die zahlreichen Militärs war die Fortführung seiner Gedanken zu seinen im letzten Jahr erstmals von ihm unterbreiteten Vorschlag "SAFE" (Synchronized Armed Forces Europe) auf dem Weg zu gemeinsamen europäischen Streitkräften. Dieses Mal forderte er einen europäischen Wehrbeauftragten, der dem Europäischen Parlament unterstehen müsse.

Im Zentrum des ersten Kongresstages standen zwei hochkarätig besetzte Foren. Unter Leitung von *Claude-France Arnould*, seit wenigen Tagen stellvertretende Generaldirektorin in der EU für Krisenmanagement und bis dahin Direktorin für Verteidigungsfragen, diskutierten prominente Vertreter am Vormittag über die EU-NATO-Beziehungen und deren Möglichkeiten zur Verbesserung. Mit *Baroness Taylor of Bolton*, britische Ministerin für Internationales, Verteidigung und Sicherheit, *Nikolay Mladenov*, bulgarischer Verteidigungsminister, *William Moeller*, US Botschafter in Berlin, *Karsten Voigt*, früherer Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen und *Prof. Dr. Holger Mey*, Vizepräsident EADS und früherer Leiter des Instituts für Strategische Analysen (ISA), kamen sachkundige Experten mit Weitsicht zu Wort, die die unterschiedlichen Rollen von EU und NATO analysierten und übereinstimmend feststellten, dass ein starkes Europa auch eine starke NATO benötige. Vor allem käme es darauf an, mit mehr Realismus in die Zukunft zu schauen, Überschneidungen zwischen den Bündnissen zu vermeiden und Russland als Partner mit einzubeziehen.

## Turbulenter Balkan

Am Nachmittag stand das Thema "Der Balkan – und die Notwendigkeit für einen Masterplan für Frieden und Stabilität" auf der Tagesordnung. Unter Leitung von *Prof. Dr. Volker Perthes*, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), diskutierten die slowenische Verteidigungsministerin, *Dr. Ljubica Jelusic*, der Direktor des Zentrums für Internationale Beziehungen in Bosnien und Herzegowina, *Dr. Milos Solaja*,



Eröffnung der Berliner Sicherheitskonferenz mit Europahymne durch Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering. Fotos: BS/Dombrowsky

der rumänische Botschafter in Berlin, *Dr. Lazar Comanescu*, der mazedonische Botschafter, *Prof. Dr. Gjorgji Filipov*, *Walter Kolbow*, früherer Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, und *Angelika Beer*, bis zum Sommer 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Keiner der Panelisten – und schon gar nicht *Angelika Beer* in ihrer Einführung – nahm ein Blatt vor den Mund, sodass sich die Zuhörer ein gutes Bild über die schwierige Lage auf dem Balkan machen konnten. Unterstrichen wurde dies durch die Tatsache, dass am Tag vor der Berliner Sicherheitskonferenz die EU wieder einmal die Entscheidung über den Beginn der Beitrittsverhandlungsgespräche mit Mazedonien auf einen späteren Zeitpunkt verlagert hatte und der Namensstreit auch auf dem Kongress nicht ausgeklammert werden konnte. *Walter Kolbow* sprach für viele Teilnehmer, als er sehr deutliche Worte an den im Saal anwesenden griechischen Regierungsvertreter zum Einlenken richtete. Dieser wiederum vertrat die Auffassung, dass Mazedonien auf Griechenland zugehen müsse und dass sein Land bereit sei, eine Lösung zu finden, die beiden Seiten gerecht werden kann.

## Europäische Rüstungsindustrie hat ihre Chancen

Die Chancen der Industrie standen am zweiten Kongresstag in dem Rüstungsforum im Vordergrund. Unter der Leitung von Ministerialdirigent *Armin Schmidt-Franke* aus der Hauptabteilung Rüstung des Bundesministeriums der Verteidigung diskutierten hohe Vertreter aus der EU, der WEU, der NATO und aus der Industrie über die Frage "Transatlantische Rüstungskoooperation und europäische industrielle Basis – kein Gegensatz sondern Synergien". Staatssekretär *Otto* hatte dazu zuvor schon die Stichworte geliefert: es gibt keine fairen Wettbewerbsbedingungen in Europa; die deutsche Beteiligung ist steigerungsfähig; in der transatlantischen Rüstungspartnerschaft gilt es neue Wege zu suchen.

In diesem Zusammenhang sind die Industrievorträge im Hauptprogramm zu erwähnen, bei denen sich Präsidenten, Geschäftsführer und hochrangige Vertreter von amerikanischen und europäischen Firmen zu den Fragen der Kooperation auf einem gemeinsamen Markt äußerten. *Stuart Bladen* (HP Enterprise Ser-

VICES), *John Brooks* (Northrop Grumman International), *Evert Dudo* (EADS Astrium), *Holger W. Kalnischkies* (Panasonic Europe), *Bert Weingarten* (PAN AMP AG), *Dr. Markus Hellenthal* (Thales Deutschland) und *Kevin J. Scheid* (NATO C3 Agentur) stellten Beiträge ihrer Firmen/Agenturen zur Sicherheit und Verteidigung eindrucksvoll vor und machten deutlich, welches Potenzial dort abgerufen werden kann. Alle im Programm des Kongresses verankerten Firmen und die Agenturen der EU und NATO sind an einem konstruktiven Dialog mit den Bedarfsträgern, den Bedarfsdeckern und den Nutzern interessiert. Diese Möglichkeit bietet die Berliner Sicherheitskonferenz sowohl in ihren Panelveranstaltungen als auch in besonderem Maße mit ihrer Ausstellung.

## Lösungssuche auf hohem Niveau – Heereschefs diskutieren

Traditionell bildete das Internationale Militärische Forum am Nachmittag mit hohen Vertretern aus mehreren NATO/EU-Ländern den Abschluss des zweiten Tages und damit auch das Finale des Kongresses. Unter Leitung des Inspektors des deutschen Heeres, Generalleutnant *Hans-Otto Budde*, diskutierten die Heereschefs aus den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Schweden über eine Verbesserung der Fähigkeiten von Landstreitkräften. Die Einführung zu diesem Thema wurde von Generalleutnant *David Leakey*, Generaldirektor des Militärstabs der EU, gegeben. GenLt *Leakey* wie auch die Heereschefs waren der Auffassung, dass alles getan werden müsse, um den Einsatz der Soldaten so sicher und effizient wie möglich zu machen. Dazu gehören, neben einer guten Ausrüstung, eine gute Führung und eine gute Ausbildung. Der 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung hätte sich mit den Generalen *Bertholee* (NL), *Budde* (DEU), *Grundevik* (SWE), *Höfler* (OES), *Leakey* (UK) und *Opedal* (NOR) keinen besseren Abschluss wünschen können.

## Positive Bilanz

Der 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung bot nicht nur ein interessantes und forderndes Programm, sondern unterstützte auch den Informationsaustausch zwischen Politik, Militär/Sicherheitsorganen und der Industrie. Die Herausforde-

rungen der Zukunft können nur gemeinsam gemeistert werden. Dazu muss man die Besonderheiten der Partner kennen. Die Berliner Sicherheitskonferenz bot dazu den Rahmen. So wurden auch die Pausen im Programm und der Empfang am Abend des ersten Kongresstages genutzt, um sich vor Ort an den Ständen über die neuesten Entwicklungen zu informieren.

Auch die Medien nahmen regen Anteil an der Berliner Sicherheitskonferenz. In zwei Pressekonferenzen konnten Fragen an prominente Sprecher und an die Organisatoren gestellt werden. Die Pressekonferenz am ersten Tag war mit *Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering* MEP, *Arnaud Danjean* MEP und *Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel* hochkarätig besetzt. Am zweiten Tag stellten sich u. a. der Präsident der ES-DA/WEU Versammlung, *Robert Walter* MP, die slowenische Verteidigungsministerin, *Dr. Ljubica Jelusic*, und der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, *Christian Schmidt*, den Fragen der Journalisten.

Wieder einmal hat die Berliner Sicherheitskonferenz unter Beweis gestellt, dass sie die richtige Veranstaltung am richtigen Ort ist. Kein anderer Kongress greift nun schon über Jahre die Fragen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in solchem Umfang und in solcher Intensität auf, wie das hier in Berlin geschieht. Dabei bleibt die Veranstaltung frei von jeglicher staatlicher Einflussnahme. Sie stützt sich nicht auf die Budgets von öffentlichen Haushalten ab und kann daher einen neutralen und objektiven Standpunkt einnehmen.

## Berliner Sicherheitskonferenz am 9./10. November 2010

Europa braucht gerade dies: eine Plattform für den freien Austausch von Perspektiven und Meinungen und keine Ansammlung von nationalen Vorbehalten und Sonderwegen. Der nach langem Warten endlich gebilligte Vertrag von Lissabon muss nun zukunftsorientiert umgesetzt werden – die neuen Chancen für den Ausbau der Europäischen Sicherheit und Verteidigung müssen dabei genutzt werden. Der Behörden Spiegel setzt daher auch in diesem Jahr die Reihe der Berliner Sicherheitskonferenzen fort. Der 9. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung wird am 9. und 10. November 2010 stattfinden.





## Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie stärken

Wirtschaftsstaatssekretär Hans-Joachim Otto: "Wir wollen Türen öffnen"

(BS/ckö) "Deutschland braucht eine starke und leistungsfähige nationale Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie", plädiert Hans-Joachim Otto, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) auf dem 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung. Dieses Bekenntnis aus dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag habe so deutlich noch keine Vorgängerregierung gesagt.

Nach einer Studie, die das BMWi in Auftrag gegeben hat, wachse der Markt für Sicherheitstechnologie zwischen 2008 und 2015 innerhalb Deutschlands von 20 Milliarden auf 31 Milliarden Euro. Weltweit sei ein Wachstum im zweistelligen Bereich prognostiziert, auf 220 Milliarden Dollar bis 2015. "Deutschland muss bei dieser dynamischen Entwicklung dabei sein", sagte Otto. Deutsche Formen hätten es schwieriger als ihre europäischen Konkurrenten – Schuld daran ist das deutsche Recht. Um dieses Wachstum zu nutzen, sollten nun u. a. das Außenwirtschaftsrecht entschlackt und die Genehmigungspraxis beschleunigt werden.

Das BMWi sieht sich in der Rolle des Türöffners für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. "Wo immer es geht, wollen wir die Exporte unserer Unternehmen flankieren." Otto nannte als erfolgreiches Beispiel zwei Großaufträge von Saudi Arabien an EADS in diesem Sommer in Milliardenhöhe. In Algerien stünden außerdem mehrere deutsche

Unternehmen ebenfalls vor der Unterzeichnung von Verträgen mit einem Gesamtvolumen von etwa zehn Milliarden Euro, kündigte der Staatssekretär an. Dabei gehe es um Lieferungen aus Deutschland, aber auch um den Bau von gepanzerten Fahrzeugen, schweren LKW, Motoren, Radaren und optronischen Geräten in Algerien.

Bei dem Besuch des brasilianischen Präsidenten Lula habe Minister Rainer Brüderle eine enge Kooperation vereinbart. Hierbei gehe es konkret um die Zusammenarbeit bei der Fußball-WM 2014 und der Olympiade 2016. "Allein für die Fußball-WM muss Brasilien 30 Milliarden Euro investieren. Da muss und wird Deutschland dabei sein", so Otto.

Das BMWi will sich auch für gleiche Chancen im internationalen Wettbewerb einsetzen. "Selbst in Europa haben wir noch keine fairen Wettbewerbsbedingungen für Rüstungsaufträge", so der Staatssekretär. Er forderte die EU-Kommission auf, künftig genauer hinzuschauen: "Wir

brauchen eine stärkere Beihilfe- und Offsetkontrolle", forderte Otto. Mit der neuen Beihilfekontrolle stünden Brüssel die geeigneten Instrumente zur Verfügung, aber die Kommission müsse diese auch einsetzen. "Wir brauchen keine protektionistische Käseglocke. Wir wollen offene Märkte mit fairen Wettbewerbsbedingungen."

Im Verteidigungsbereich müsse die Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Ein wichtiger Schritt sei die neue Beschaffungs-Richtlinie, mit deren Umsetzung es mehr europaweite Ausschreibungen geben werde.

Auch bei Forschung und Entwicklung müsse Europa an einem Strang ziehen. Erstmals wurde 2007 die zivile Sicherheitsforschung in die EU-Förderung aufgenommen – "die deutsche Beteiligung an dem Programm ist aber noch steigerungsfähig", kommentierte Hans-Joachim Otto. Das Programm brauche jetzt schnell eine Perspektive – es sollte bis 2020 verlängert werden und braucht mehr Geld.

## Afghanistan muss mehr leisten

Forderungen an die Londoner-Konferenz

(BS/fra) "Die Probleme Afghanistans liegen auf der Hand und sie sind militärisch nicht zu lösen", betonte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung, Christian Schmidt, auf der 8. Berliner Sicherheitskonferenz (bsc). "Gerade das Hauptproblem, die Korruption, ist militärisch nicht zu lösen." Weitere Probleme kämen besonders als Folge von mangelnder Bildung zum Tragen, wie etwa der verbreitete Analphabetismus oder der vereinzelt auftretende religiöse Fanatismus.

"Bei der Lösung der Probleme muss die Führungselite Afghanistans die Bereitschaft zeigen, ihren Beitrag zur Sicherheit im eigenen Land zu leisten", so Schmidt. Besonders bemängelte Schmidt, dass in den sogenannten Elitkreisen sich weder der demokratische Gedanke noch das Konzept der korruptionsfreien Wirtschaft flächendeckend durchgesetzt habe. Ohne die Wahlfälschungen direkt anzusprechen, machte Schmidt deutlich, dass bei dem Vorkommen solcher Vorgänge in den höchsten politischen Ämtern auch auf den unteren Ebenen keine korruptionsfreien Handlungen zu erwarten seien. "Einige Führungskräfte aus Afghanistan werden in London Rechenschaft ablegen müssen und auch einiges zu erklären haben", betonte Schmidt im Hinblick auf die am 28. Januar in London stattfindende Afghanistan-Konferenz.

Aber auch an die teilnehmenden ISAF-Nationen stellte Schmidt die Forderung nach einer Definition der erreichbaren Ziele. "Wir müssen klar definieren, was national in Afghanistan geleistet werden muss, damit unsere Sicherheit nicht weiterhin durch diese Region bedroht wird", sagte Schmidt. "Was unsere Sicherheit nicht direkt betrifft, darf auch nicht Gegenstand der Kernforderungen sein. Wir dürfen uns hier nicht zum Gefangenen des übergreifenden Ansatzes machen, indem wir die Umsetzung auch der nicht sicherheitsrelevanten Vorschläge bis zum letzten Punkt fordern, bevor wir das Land in die Unabhängigkeit entlassen." Dies sei besonders bei der Definition des demokratischen Mindeststandards oder der ethischen Entwicklung des Landes zu berücksichtigen. "Wir sollten uns in Lon-

don auf das Wesentliche konzentrieren und nicht einen Blumenstrauß an Hoffnungen in die Konferenz tragen."

Der wichtigste Punkt, die Bekämpfung der Korruption, erfordere allerdings ein mehrstufiges Konzept. Dazu gehörten neben der reinen Ausbildung von Polizeikräften auch deren Bezahlung, Versorgung und Unterstützung durch die afghanische Politik. Bei allen diesen drei Punkten sah Schmidt noch enorme Defizite, die allerdings nur durch Afghanistan selbst behoben werden könnten. "Es gibt sicher gute Ideen und Konzepte, aber wir müssen von Afghanistan mehr einfordern. So müssen wir betrachten, wie Afghanistan seine eigenen Sicherheitskräfte behandelt, welche Absicherungen sie haben und wie weit ihnen ermöglicht wird, effiziente Arbeit zu leisten."

## Afghanistan ist ein Krieg, nicht der Krieg

Warum gemischte EU-Battle Groups scheitern

(BS/fra) Die besonderen Herausforderungen der aktuellen Einsatzrealität für das Heer war das Kernthema des internationalen Forums auf der 8. Berliner Sicherheitskonferenz. Unter der Moderation von Generalleutnant Hans-Otto Budde, Inspekteur des Heeres, diskutierten Generalleutnant David Leakey, Direktor des EU-Militärstabes, Generalleutnant Rob Bertholee, Befehlshaber des niederländischen Heeres, Generalleutnant Günter Höfler, Kommandant des österreichischen Streitkräfteführungskommandos, Generalmajor Bernd Grundevik, Befehlshaber des schwedischen Heeres sowie Generalmajor Per Sverre Opedal, Stabschef des norwegischen Heeres.

"Die Entwicklung einer Armee muss aber immer die Folge der gesamten strategischen Ausrichtung sein", betonte Leakey. Dementsprechend müsse erst verstanden werden, in welche Richtung die allgemeine verteidigungspolitische Strategie ginge bzw. welchen Zweck die Armee und das Heer überhaupt erfüllen sollen. "Die Antwort auf diese Frage ist aber alles andere als einfach." So gebe es erst einmal das strategische NATO-Konzept, welches einige Positionen und Standards beschreibe, die die Armee haben sollte. "Aber für eine wirkliche Strategie müssten wir eigentlich verstehen, welche Form die zukünftigen Konflikte haben werden." Bei dieser Zukunftssicht allein die Struktur der derzeitigen Einsätze zu betrachten, sieht Leakey als großen Fehler an.

"Nehmen wir nur den Modus Operandi in Afghanistan, dies ist nur ein Krieg, nicht der Krieg." Dementsprechend sah Leakey auch einen Nachteil darin, dass junge Generationen heutzutage gar nicht mehr wüssten, was konventionelle Kampfoperationen sind. "Eine Armee sollte aber immer beides können, konventionelle und gemischte Operationen." Diese

Ansicht wurde auch durch die Mitdiskutanten stark unterstützt. "Auch wenn die kleinen Konflikte wahrscheinlich die herrschende Form der Einsätze des 21. Jahrhunderts sein werden, dürfen wir die Konflikte zwischen Staaten nicht aus dem Blickfeld verlieren", betonte Budde. "Im Moment sind wir zwar ausschließlich in Konflikten mit schwacher Intensität außerhalb der eigenen Grenzen eingesetzt, aber eine Armee muss immer auch die Fähigkeiten zur Landesverteidigung besitzen." Daraus leite sich auch ein besonders breites Anforderungsspektrum an das Heer ab.

"Bei der Entwicklung einer Armee muss man immer im Blick haben, wie sie in – sagen wir mal – zwanzig Jahren strukturiert sein soll", nahm Bertholee den Gedanken an die Zukunft auf. "Dies wird aber immer komplexer, besonders wenn wir nun noch die europäische Perspektive mit hineinnehmen. Schließlich haben wir mittlerweile bei der EU einen Präsidenten ohne Staat und eine militärische Führung ohne Armee." Ein Problem ließe sich aber bei allen technologischen Standards und eventuellen Ausbildungsgrundlagen nicht lösen: Die unterschiedlichen Sprachen.

"Mit Blick auf das Publikum fügte Bertholee hinzu: "Wenn ich mich so umlicke, scheint es so, als würden wir uns ohne Kopfhörer nicht verstehen. Wenn man aber wichtige Informationen teilen will, muss man eine Sprache sprechen." Eine Fremdsprache könne aber niemals so sicher verstanden, interpretiert und gesprochen werden wie die Muttersprache.

"Im Kalten Krieg haben wir nie daran gedacht, Einheiten unterhalb der Bataillonsebene zu vermischen", nahm Leakey diesen Kernpunkt auf. Heute erforderten die Einsätze allerdings wesentlich kleinere Mannstärken. "Ich glaube nicht, dass man in kleinen Einheiten wirklich international oder auch europäisch zusammenarbeiten kann und ich bin besorgt über die Zusammenarbeit in manchen EU Battle Groups", betonte Leakey. "Wenn es um Kampfhandlungen geht, möchte ich persönlich keine gemischten EU Battle Groups sehen. Diese würden schon an der Sprache scheitern. Im Gefecht kann das Verstehen eines einzigen Satzes aber über das Überleben vieler Menschen entscheiden. Kampfhandlungen sind eben etwas anderes als die Flaggenparaden bei den Übungen."

## Sinn und Nutzen der Einsätze

Eine Gesamtstrategie nicht nur für Afghanistan

(BS/dy,lau,lkm) Bei den Konsequenzen aus dem Beschluss der Tanklastwagen bei Kundus geht es um die politischen, rechtlichen und ethischen Grundlagen des Einsatzes europäischer Soldaten in bewaffneten Kampfhandlungen. Darüber sprach der frühere Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pötering, zu Beginn des 8. Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskongresses Berlin Security Conference (bsc). Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg hatte sein Erscheinen kurzfristig abgesagt. Es stand bereits fest, dass sich der Verteidigungsausschuss des Bundestages als Untersuchungsausschuss konstituieren sollte. Pötering spannte den Bogen von der konkreten Situation deutscher und anderer europäischer Soldaten in Afghanistan über einen erweiterten zivil-militärischen Sicherheitsbegriff bis hin zur Forderung nach einem europäischen Wehrbeauftragten.

"Wenn sich die EU schrittweise zu einem strategischen Akteur der Weltpolitik weiterentwickelt, werden wir uns in Bezug auf die Streitkräfte zeitnah mit der Entwicklung einer europäischen sicherheitspolitischen, einschließlich militärischen, Tradition zu befassen haben", so der frühere Parlamentspräsident. Wenn von einer Gesamtstrategie für Afghanistan zu reden sei, ergäben sich aus den Grundlinien europäischer Wertekultur die Antworten auf die aktuellen globalen Herausforderungen, nämlich interreligiöser und interkultureller Dialog, die Förderung demokratischer Strukturen, die Hebung des Bildungsstandes sowie der Kampf gegen Armut und Erderwärmung. Pötering: "Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die entscheidenden europäischen Werte."

Große Sorge um die Situation in Afghanistan prägte hingegen die Rede von Françoise Hostalier, Mitglied der WEU-Versammlung, Paris. Nach den Terroranschlägen vom 11. September habe die internationale Gemeinschaft sehr emotional gehandelt. Man habe damals gedacht, die Taliban besiegen zu können, ohne genaue Ziele und Pläne für Operationen zu haben. Deshalb sei man bei dem Versuch gescheitert, das Land wieder aufbauen zu wollen, erklärte Hostalier. "Wir müssen die afghanische Bevölkerung achten – das Land ist ganz anders, als unsere Normen und Leitlinien." Nach Einschätzung Hostaliers werde das französische Parlament für den Truppenverbleib in Afghanistan stimmen.

"Afghanistan kann mit einem schwachen Körper verglichen werden, der mit einem Virus infiziert ist – wenn wir ihn nicht aufhalten, wird er sich ausbreiten, wie eine Pandemie", appellierte die afghanische Botschafterin Fereshtha Rahimi Neda an die Podiumsrunde. Nach dem 11. September sei die UNO-Resolution bei den afghanischen Zivilisten sehr willkommen gewesen. Manche sehen den damaligen Einsatz allerdings mittlerweile als Achillesferse der westlichen Welt, weil man die Taliban nicht vernichten konnte.

Jürgen Bornemann, Deutscher militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO und der Europäischen Union in Brüssel, schilderte, wie die Situation Afghanistans in Brüssel diskutiert wird. Das Ziel der internationalen Staatengemeinschaft dürfe keinesfalls ein rein militärisches sein, betonte Bornemann. Lange sei das US-Militär nur auf die Zerschlagung des Terrorismus konzentriert gewesen – das sei nun nicht mehr der Fall. Die aktuelle Lage in Afghanistan sei durch fehlende zivile und militärische Kräfte bedingt; außerdem durch den Mangel an Sicherheitskräften der Afghanen selbst.

Wie die strategischen und operativen Lücken beim Lufttransport von EU und NATO geschlossen werden können, besonders in Bezug auf Afghanistan, erläuterte Generalmajor Hans-Werner Ahrens, Kommandeur des Lufttransportkommandos. So habe man mit den zurzeit zur Verfügung stehenden strategischen Flugzeugen

nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Zur Überwindung dieses Defizits teile man bereits Flugzeuge mit anderen Armeen. Dies schaffe jedoch, so Ahrens, politische Abhängigkeiten von den betreffenden Ländern. Oft fehle es auch nicht am Material, sondern am Geld. So konnten Ahrens zufolge benötigte Hubschrauber nicht nach Afghanistan transportiert werden, weil der Transport dafür nicht finanziert werden konnte.

Laut Oliver Bruzek, Direktor internationales Marketing bei CAE, sei es nicht so, dass man nicht in der Lage sei, die eigenen Armeen auszustatten zu können. Vielmehr spiele das fehlende Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten hierbei die wesentliche Rolle. So seien etwa unter den gegebenen geologischen und meteorologischen Bedingungen in Afghanistan die Mi-17 Transporthubschrauber der neuen Mitgliedsstaaten in Union und NATO die zuverlässigsten. Doch statt die Robustheit und Eignung der verfügbaren Hubschrauber zu nutzen, würden sich die westlichen Nationen, aufgrund von mangelndem Vertrauen in die Bündnispartner, dafür entscheiden, die eigenen Maschinen für viel Geld an die Einsatzbedingungen anzupassen.

Die Zuhörer erfuhren angesichts dieser vielfältigen Meinungen vor allem, dass es den Goldenen Weg für Afghanistan anscheinend nicht gibt. Viele gute Ideen sind vorhanden, einige ließen sich umsetzen, andere sind zu teuer und wieder andere scheitern an den Rahmenbedingungen wie etwa dem Ist-Zustand von Afghanistan.

## Neue Rolle des Europaparlaments

Arnaud Danjean zur europäischen Sicherheitspolitik nach Lissabon

(BS/ckö) "Das Europäische Parlament wird eine Hauptrolle in der neuen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik spielen", sagte Arnaud Danjean, Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, auf der Berlin Security Conference (bsc).

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) nun in Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSDP) umbenannt. Damit fällt die GSDP auch unter die

Mitsprache des europäischen Parlaments. Europa sei durch den Lissabon-Vertrag für die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gut aufgestellt. "Europa ist als Akteur in der Welt gefragt", so Danjean.

"Durch unsere politischen Werte, als konsensuale Institution, mit starken Menschenrechten und einer demokratischen Basis haben wir eine große Legitimität und finden große Anerkennung in der Welt."





## Europäischer Abweherschirm?

Russland miteinbeziehen

(BS/ein) “Die Gefahr von Raketenangriffen ist real und die Verwundbarkeit wird im Laufe der Zeit größer“, so fasste Ioan Mircea das Panel “Missile Defence“ zusammen. Die Bedrohung durch Raketen sei ein weltweites Problem, bei dem es darauf ankomme, möglichst auch global zu reagieren – wichtig sei es, ein gemeinsames Verständnis für die Gefahr zu entwickeln, erklärte der stellv. Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament.

In den letzten 20 Jahren habe es praktisch keine Fortschritte mehr in der Abrüstung gegeben, sagte General a. D. Harald Kujat auf dem 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung/Berlin Security Conference (bsc) in Berlin. Klammer man die jüngste bilaterale Nuklearabrüstung zwischen den USA und Russland aus, verzeichnete man die letzten Erfolge in den achtziger Jahren, als Brasilien und Südafrika erfolgreich davon abgehalten werden konnten, Atommächte zu werden. Heute sei die Frage nicht nur, wie schnell die EU in Reichweite iranischer Raketen komme, sondern wie sich das generelle Risiko weiterentwickle, dass nichtstaatliche Organisationen in den Besitz von Nuklearwaffen kommen könnten.

Ein europäisches Raketenabwehrsystem hält Kujat nur innerhalb der Nato für möglich. Man könne kein autonomes System innerhalb der Nato aufbauen – bislang fehle aber eine Nato-Strategie mit europäischem Akzent, so der General a. D. Künftig müsse man versuchen, die Anstrengungen weltweit zu bündeln, um die notwendigen großen finanziellen Summen überhaupt aufbringen zu können, denn die Bevölkerung sei dazu nur bedingt bereit. Letztlich stünden Raketenabwehr in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Verteidigungsmaßnahmen und der Terrorabwehr.

Prof. Dr. Horst Teltschik plädierte dafür, Russland auf jeden Fall in die Planung eines europäischen Raketenabweherschirms einzubeziehen. Dies läge im eigenen europäischen Sicherheitsinteresse und hätte auch geografische Vorteile. Für den ehemaligen Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz dürfen Sicherheitsfragen im europäischen Rahmen nicht mehr bilateral geklärt werden, wenn diese Auswirkungen auf alle anderen Bündnispartner hätten. So gehe ein Raketenabwehrsystem zwischen den USA und den osteuropäischen Staaten.

Auch für Patrick LeFort, Leiter im Programm Raketenabwehr bei EADS, muss ein mögliches Abfangsystem alleine schon deshalb einen europäischen Ansatz haben, weil dafür entsprechende sensorische Gerätschaften im Weltraum oder in osteuropäischen Ländern stationiert werden müssten, wenn man beispielsweise vorsehe, Berlin zu schützen. Man dürfe sich nicht nur auf die USA verlassen und müsse langfristig Abhängigkeiten vermeiden. Dies sei durch ausgeglichene Kooperation unter den europäischen Ländern und vor allem mit den USA möglich. Notwendig seien allerdings stärkere Impulse aus der EU, um die eigene Industrie zu stärken und technisch nicht ins Hintertreffen zu geraten, erklärte er. Die finanziellen Kosten seien weniger das Problem.



## Kaum Reaktionen auf Cyberwar-Bedrohung

Keine Definition / kein rechtlicher Rahmen / keine Ansprechpartner

(BS/ckö,lau) “Jeder Krieg der Zukunft wird mit einem Angriff aus dem Cyberspace beginnen“, erläuterte Dr. Dr. Gerhard van der Giet, ehemaliger CIO der deutschen Streitkräfte und jetzt General Manager der NACMA auf der Berliner Sicherheitskonferenz. Auch Generalmajor Koen Gijsbers aus dem Verteidigungsministerium der Niederlande pflichtet bei, mit Georgien und Estland habe es ja schon Beispiele dafür gegeben. Zwar seien durch den Cyber-Angriff auf Estland 2007, bei dem drei Tage lang das Regierungssystem lahmgelegt wurde, viele Militärs aufgewacht, aber das gesellschaftliche Bewusstsein für diese Bedrohung “ist geringer als null“, konstatiert Gijsbers.

Es gebe nur wenige Akteure in diesem Bereich bis auf ein paar Verteidigungsministerien, hauptsächlich in den USA und UK, erläuterte Hervé Guillou, CEO EADS Defence & Communication in seinem Impulsvortrag. Die US-Regierung hat viele wichtige Investitionen in Cyber-Aufklärung und -Sicherheit vorgenommen. In Europa sei die Reaktion sehr fragmentiert und oft auf nationalem Level organisiert. “Außerhalb des militärischen Bereichs ist wenig geschehen: Wer ist in der neuen EU-Kommission für Cyber-War zuständig? Wer in Frankreich? Es gibt niemanden!“, erläuterte Guillou. “Es gibt noch nicht einmal eine Definition, was Cyber-War ist“, ergänzte Bert Weingarten, CEO der Pan Amp AG.

Guillou forderte einen stärkeren Dialog zwischen den Mitgliedstaaten der EU und den EU-Institutionen und dem privaten Sektor, um zu einem gemeinsamen Verständnis von Cyber-Security zu kommen. Außerdem bedürfe es eines Identitätsmanagement-Systems, um sicherzustellen, dass nur autorisierte Personen Zugang zu den relevanten IT-Systemen von Kritischen Infrastrukturen haben: “Wir müssen die

Anonymität aus den Netzwerken verbannen“, so der Geschäftsführer der EADS Defence & Communication.

In der anschließenden Diskussion lenkte Prof. Dr. Peter Martini, Informatikprofessor der Universität Bonn, die Aufmerksamkeit auf das Problem der Botnetze. Das bekannteste Botnet, Conficker, habe mittlerweile rund sechs Millionen Systeme infiziert. Zwar würde das Botnetz mittlerweile erfolgreich blockiert, dennoch gebe es auch hier keine rechtlich abgesicherten Gegenmaßnahmen: “Falls wir die betroffenen Computer von außen desinfectieren, wäre das momentan Sabotage“, erläuterte Prof. Martini.

“Wir führen schon Krieg“, provozierte Dan Turner, CTO von Vistorm, ein Unternehmen von HP, und griff damit die Prophezeiung von Dr. Dr. Gerhard van der Giet wieder auf. Turner meinte damit Wirtschaftsspionage und Urheberrechts-Verletzungen. Ein großer Teil des Wirtschaftswachstums gehe durch Ideenklau verloren. “Regierungen und Agenturen wie die NATO lassen die Volkswirtschaften dabei im Stich. Wir brauchen dringend eine Dachorganisation, die sich diesem Problem annimmt“, forderte Turner.

“Wir brauchen neue Strategien gegen die Cyber-Bedrohung“, forderte auch Stuart Bladen von HP. Für die Internet-Sicherheit auf dem kommerziellen und militärischen Sektor seien dabei klare Sicherheitsverbesserungen unbedingt notwendig. Gerade militärische Netze stellten hierbei die größten und kompliziertesten dar. Die Herausforderung bestehe darin, den Austausch geheimer Informationen so sicher wie möglich zu gestalten und sich dabei an die schnellen Veränderungen im Bereich des Internets anzupassen.

“Wir brauchen schnelle Rückkopplungsmechanismen, um angemessen reagieren zu können“, so Bladen weiter. Dafür seien starke industrielle Partner notwendig. Die angemessene Leistung will HP über vier Dimensionen erreichen: Pflegen und Anbieten, Intelligenz und Einsatz, Lernen und Innovation und Umsetzung in politische Richtlinien sind die Eckpfeiler für sicheres Internet im militärischen Bereich. Das “Navy Marine Corps Intrant“ (NMCI) ist ein Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung: 700.000 aktive Nutzer profitieren von hohem Sicherheitsstandart beim Austausch geheimer Informationen.

## Eigeninteressen versus Gemeinschaft

Zivil-militärische Zusammenarbeit muss weiter verbessert werden

(BS/ckö) “Es gibt keinen Zweifel, dass EU und NATO eine Zusammenarbeit und Ergänzung anstreben“, sagte Claude-France Arnould, stellvertretende Leiterin des Planungstabes des EU-Rates für Krisenmanagement, auf dem EU-NATO-Forum des 8. Kongresses zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung/Berlin Security Conference (bsc). William Moeller von der amerikanischen Botschaft pflichtete ihr bei: “Die USA sind vorbehaltlos für eine starke EU und eine starke europäische Sicherheitspolitik.“

Die britische Ministerin für internationale Verteidigung, Ann Taylor, Baroness Taylor of Bolton, unterstrich, dass der Vertrag von Lissabon eine gute Gelegenheit zur Belebung der Zusammenarbeit von NATO und EU biete. Jedoch seien wichtige Verbesserungen in Europa noch nicht erreicht: “Wir werden unserem Anspruch, die NATO zu ergänzen und zu unterstützen nicht immer gerecht.“ So würden die EU-Mitgliedstaaten immer noch zu wenig Experten für die Polizeiausbildung nach Afghanistan schicken.

Diesen Punkt griff auch William Moeller auf, der für mehr Polizeiausbilder in Afghanistan warb. Das Kontingent müsse ähnlich groß sein wie das Engagement im Kosovo. Anders als im Irak, lebten 80 Prozent der Afghanen auf dem Land – “daher müssen auch die Ausbilder mehr in die Regionen“, appellierte Moeller. Auch gebe es weiterhin kein Abkommen zwischen der EU und der NATO wegen der Zypern-Türkei-Frage – “dieser Konflikt muss gelöst werden, er hindert die EU daran, das zu tun, was in Afghanistan getan werden muss“, kritisierte der US-Diplomat.

Der bulgarische Verteidigungsminister Nickolay Mladenov warnte davor, dass das Engagement in EU und NATO zu Duplizitäten führen könnte. “Wir haben unserer Streitkräfte nur einmal“, ein Engagement bei NATO und EU koste viel Geld. Daher solle darüber nachgedacht werden, die Battle Groups zukünftig nicht mehr als

strategische Reserve zu nutzen. “Die USA und EU brauchen eine strategische Allianz“, forderte auch Prof. Dr. Holger Mey, Vizepräsident von EADS. Natürlich seien technische Redundanzen unökonomisch, aber es ginge dabei auch um eine politische Grundsatzdebatte. Für Karsten Voigt, ehemaliger Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen, ist das NATO-EU-Verhältnis asymmetrisch: “Die USA sind eine Macht, wir sind ein Mächtchen.“ Daher würden die Amerikaner bei einer Kooperation fragen: “Where is the beef?“ Und die lange funktionierende Entschuldigung der Europäer, dass der Vertrag von Lissabon noch nicht in Kraft sei, habe man nun auch nicht mehr.

“Die kollektive Verteidigung ist Sache der NATO“, machte zudem der ehemalige Generaldirektor des Militärstabes der Europäischen Union, Generalleutnant a. D. Jean-Paul Perruche, deutlich. Er gab die Einführung zum Forum “23 erfolgreiche EU-Operationen“ der Berliner Sicherheitskonferenz. Die Stärke der EU liege in der Kombination von zivilen und militärischen Engagement, dabei jedoch liefe noch nicht alles rund.

“Die 23 Einsätze der EU werden weltweit als Erfolg angesehen, d. h., dass die örtliche Situation nach dem Einsatz besser war als vorher“, erläuterte Perruche. Auf insgesamt drei Kontinenten war und ist die EU mit ihren Missionen präsent. Dadurch würde die EU in der Welt glaubwürdig

und zum wichtigen Partner für andere Organisationen, wie z. B. der UN bei dem Einsatz in Darfur (Sudan). Die EU-Kommission habe immer sehr schnell reagiert, zuletzt wurde dies in Georgien bewiesen. Aber die EU müsse ihre Ressourcen und Ziele weiterentwickeln – “die derzeitigen Möglichkeiten entsprechen nicht ihrem Gewicht in der Welt“, mahnte Generalleutnant Perruche. So bedürfe es ein einheitlichen Hauptquartiers in Brüssel, einer permanenten und selbstständigen Befehlskette und einer verbesserten Symmetrie zwischen zivilen und militärischen Einsatzkräften.

Vor allem im Zusammenspiel von zivilen und militärischen Instrumenten sieht auch Generalleutnant Günter Höfler, Kommandant des Streitkräfteführungskommandos des Österreichischen Bundesheeres, noch Verbesserungsbedarf. “Das Militär sorgt für ein sicheres Umfeld für den zivilen Aufbau, damit ist auch das Militär ein Bestandteil von Good Governance.“ Ein gutes Beispiel sei die Mission im Kosovo, bei der EULEX, Polizei, KFOR und OSZE zusammenarbeiten. “Die einzelnen Chefs bzw. Kommandeure treffen sich und stimmen sich ab – das ist ein bedeutender Fortschritt, hängt aber auch stark von den handelnden Personen ab“, konstatiert Höfler. Er kritisierte die zivilen Kräfte, die häufig nicht so gut auf ihre Einsätze vorbereitet wären wie die Streitkräfte. “Sie sollten und können von militärischen Erfahrungen profitieren.“

## Keine einheitliche Sprache?

SAFE-Konzept und Multinationalität

(BS/dy) SAFE bedeutet “Synchronized Armed Forces Europe“. Gemeint ist das Konzept, wonach Mitgliedstaaten der EU, die dazu bereit sind, nach dem Bausteinsystem einzelne Strukturen militärischer Zusammenarbeit vereinbaren und gemeinsam aufbauen. “Die Beteiligung ist freiwillig“, betonte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe, auf dem 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung/Berlin Security Conference (bsc) und begrüßte, dass die Umsetzung dieses Konzepts der parlamentarischen Kontrolle unterliege. SAFE war ein Jahr zuvor auf dem 7. Berliner Sicherheitskongress von dem damaligen Präsidenten des Europaparlaments, Dr. Hans-Gert Pötering, vorgestellt worden.

Robbe: “SAFE ist absolut gut. Es geht dabei um Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Europäischen Armeen, um eine engere Synchronisierung gleichartiger Bemühungen und die dynamische Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).“

“In Deutschland muss gespart werden, bis es quietscht, aber SAFE ist das erste Konzept im Bereich der Europäischen Sicherheitspolitik, das nicht mehr Geld erfordert“, kommentierte Jörg-Dietrich Nackmayr, ehemals Sicherheitsberater des EP-Präsidenten, das Vorhaben. Die Kongressteilnehmer diskutierten vor dem Hintergrund zunehmenden militärischen Engagements der EU, wie geeignet einzelne militärische und militärpolitische Bereiche für SAFE sein könnten. So etwa Sanität, Standardisierung von Verfahren, gemeinsame Beschaffung, Einsatzregeln oder Informationsstrukturen.

Pötering schilderte die bisherige Entwicklung des SAFE-Konzepts: “Es wird an vielen Stellen beraten und diskutiert. Der Ansatzpunkt ist sehr pragmatisch. Es ist ein Opt-in-Modell, das ermöglicht, dass immer mehr dabei sein werden. Das Euro-

päische Parlament stimmte dem Vorhaben mit einer Mehrheit von 483 zu 111 Stimmen zu und trug dazu bei, dass in diesem Jahr zum ersten Mal offiziell gegenseitige Besuche der Spitzen des Europäischen Parlaments und der NATO stattfanden.

“Einen großen Sprung zu gemeinsamen europäischen Streitkräften wird es nicht geben“, sah Bernhard Gertz, der Vizepräsident des EUROMIL-Verbandes, voraus, der Soldatenverbände in Europa bei ihrem Eintreten für Koalitionsfreiheit, Mitbestimmung und Beschwerderecht unterstützt. Gertz nannte wesentliche Bremsfaktoren für mehr militärpolitisches Miteinander in Europa wie die Verschiedenheit der militärischen Kulturen und die unterschiedliche Stellung der Soldaten. In Italien und Frankreich werde den Soldaten per Gesetz die Vereinigungsfreiheit vorenthalten. Sich in Deutschland vom Parlamentsvorbehalt für militärische Einsätze, den es längst nicht in allen EU-Staaten gebe, zu verabschieden, werde unmöglich sein.

Gertz: “Wenn wir die nationalen Biotope für militärpolitische Artenvielfalt in jeder Hinsicht beseitigen wollten, würden wir den Soldaten zu

viel zumuten. Einen europäischen “Bürger in Uniform“ gibt es nicht.“ Es sei nur möglich, aber auch notwendig, das, was es an gemeinsamem Denken gibt, zusammenzuführen, ohne dass der Respekt vor den jeweiligen eigenen Philosophien aufgegeben werde.

Brigadegeneral a. D. Francois Clerc, der ehemalige Stabschef des Eurokorps, kann sich durchaus ein Hauptquartier in multinationaler Besetzung vorstellen: “Allerdings ohne Lead Nation!“ Chef und Soudchef müssten Rotationsposten sein. Deutsche Soldaten müssten auch wie deutsche Soldaten aussehen. Der Preis für mehr Multinationalität werde mehr und besseres Personal sein. Es werde immer trennbare, aber nicht unbedingt getrennte Streitkräfte geben. Frank Burkhardt, rechtlicher Berater beim Eurokorps, stieß mit seiner Prognose auf Widerspruch, dass eine einheitliche Sprache, und sei es Englisch, nicht möglich sein werde. Brigadegeneral Volker Barth, stellvertretender Chef des Streitkräfteamtes: “In Afghanistan funktioniert die Multinationalität auch unterhalb der Drei-Sterne-Ebene.“





## Bedrohungsszenario "Cyberwar"

Institutionalisierte Verteidigung gefordert

(BS/ein) Ein Cyber-Angriff könne innerhalb von weniger als zwei Sekunden jeden ans Internet angeschlossenen Ort der Welt erreichen, erklärte Bert Weingarten, Vorsitzender der PAN AMP Hamburg auf dem 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung des Behörden Spiegel in Berlin. Käme es zu einem wirklichen "Cyberwar", d. h. einem Krieg über das Internet, würde dieser letztlich alle miteinander vernetzten Staaten treffen und gravierenden politischen sowie vor allem ökonomischen Schaden anrichten.

Schon seit den neunziger Jahren arbeiteten einigen Staaten an digitaler Kriegsführung. Für die nahe Zukunft könne davon ausgegangen werden, dass mehr als 60 Prozent aller Länder weltweit entweder schon Cyber-Waffen entwickelt hätten oder dazu in der Lage seien. "Eine signifikante Bedrohung", so Weingarten. Heute seien auch einzelne Menschen oder Organisationen in kürzester Zeit in der Lage, Systeme zur Ausführung von Cyber-Attacken zu bekommen. Die Entwicklungskosten dafür lägen zwischen 50.000 und 100.000 Euro. Asymmetrische Auseinandersetzungen im Netz seien vorprogrammiert; sie fänden z. B. zwischen der terroristischen Vereinigung Al-Qaida und den westlichen Staaten bereits statt.

Nahezu unmöglich erscheine es bislang, mögliche Herstellungsorte von Cyber-Waffen zu lokalisieren – im Vergleich zum Bau physischer Waffen könne Software fast überall unauffällig programmiert werden. Auch die Weitergabe werde bislang kaum verhindert: Diese findet laut Weingarten teils per physischer Übergabe und teils versteckt in Internetvideos statt. Auch würden die Terroristen die westliche Werbebranche für den Austausch instrumentalisieren.

Das Angriffsziel gleiche "einer Burg mit mehr als 500 Toren". Wenn alle Tore attackiert würden, müssten auch alle verteidigt werden, erklärte Weingarten. Je mehr Infrastruktur beschädigt werde, desto mehr würden sich die vorhandenen



Ressourcen auf andere Bereiche des Netzes verteilen und diese belasten. Wenn sich also Europa einem größeren Angriff ausgesetzt sähe, sei damit zu rechnen, dass auch die USA tangiert würden. Bei immensen Überlastungen könnten dann auch verschlüsselte Systeme zusammenbrechen.

Saudi-Arabien sei ein Beispiel dafür, was in militärischen Kreisen als eine gut zu verteidigende Anhöhe gelte. Anders als die meisten Staaten hätten die Saudis die Möglichkeit, verschiedene Teilnetze in ihrem Land abzuschalten oder runterzufahren. Damit halte die Regierung ein wirkungsvolles Instrument in der Hand, mit dem sich im Krisenfall Schaden begrenzen ließe.

## Kooperation plus Wettbewerb

Herausforderungen an die europäische Wehrtechnik

(BS/dy) "Die Koalitionsvereinbarung hat langfristig eine starke und leistungsfähige nationale Sicherheitsindustrie festgeschrieben", berichtete Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium auf dem 8. Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskongress/Berlin Security Conference (bsc). "So deutlich hat das bisher noch keine Bundesregierung gesagt. Die deutsche Wehrtechnik ist nicht nur Zulieferer für die Bundeswehr, sondern Exportindustrie und Motor der technischen Entwicklung." Eine Studie habe ergeben, dass ihr Umsatz von 2008 bis 2015 von 20 auf 31 Mrd. Euro ansteigen werde.

Von den neuen Richtlinien zur Verteidigungsbeschaffung werde die deutsche wehrtechnische und zivile sicherheitstechnische Industrie einen deutlichen Nutzen haben, da die Zahl der europaweiten Ausschreibungen zunehmen werde. Als ein Ergebnis der Einzelveranstaltungen zum Thema Wehrtechnik kann jedoch festgehalten werden, dass die Zukunft in einer Kombination von Wettbewerb und grenzüberschreitender Kooperation liegen werde. Bei beidem besteht erheblicher Nachholbedarf.

Mit Blick auf gemeinsame europäische Rüstungsprojekte betonte dies Armin Schmidt-Franke, Unterabteilungsleiter im Bundesverteidigungsministerium. Er gab damit nur eines der zumeist von Skepsis geprägten Ergebnisse der Diskussionsrunde im Plenum über Verteidigungsbeschaffung wieder. Sie fasste sich mit der transatlantischen waffentechnischen Kooperation und ihrem Verhältnis

zur industriellen Verteidigungs- und Technologiebasis in Europa.

Neben Kooperationen war ein erweiterter Wettbewerb auf diesem Markt ein Hauptthema. Die Erwartungen, die von ihren Schöpfern in die neuen Beschaffungsrichtlinien für den Bereich Verteidigung und Sicherheit, das sogenannte Defence Package, gesetzt werden, wurden von der Mehrheit der Redner nicht geteilt. "Die Richtlinien werden die Welt nicht revolutionieren, sondern schaffen weitere Probleme, auf die der Ministerrat und die Kommission wiederum reagieren müssen", sieht Jacques Cipriano, Vizepräsident Europa der Safran Group, Brüssel, voraus.

Francois Gayet von der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) sieht in der zurückliegenden Zeit "wenig Erfolgsgeschichten", was die grenzüberschreitende Kooperation im Rüstungsbereich angeht. Das gelte genauso für Kooperationen mit amerikanischen Unter-

nehmen. "Außerdem brauchen wir Hilfe seitens der USA, um einen offenen, fairen und gleichberechtigten Markt zu erhalten. Da enthalten die amerikanischen Regularien noch viele Hindernisse."

Robert Walter, Präsident der WEU-Versammlung, erwartet von der Europäischen Kommission, dass sie verstärkt dem wehrtechnischen Protektionismus der USA entgegengetreten werde. Schmidt-Franke sieht für die drei entscheidenden Wege der militärtechnischen Produktentwicklung grenzüberschreitende Projekte, nationale Projekte und Initiativen einzelner Unternehmen die gleiche Daseinsberechtigung: "Es kommt auf die richtige Mischung an!" Als Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit führt er den Pionierpanzer KODIAK an, mit dem die schwedische Beschaffungsbehörde FMV und das niederländische Verteidigungsministerium das deutsche Unternehmen Rheinmetall beauftragten.

## "Luftbrücke funktioniert"

Technikaustausch EU – USA

(BS/ein) Der Präsident der Northrop Grumman International, John Brooks, sprach sich auf dem 8. Kongress zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung für eine weitreichende transatlantische Kooperation im Sicherheitsbereich aus. Anlässlich des kürzlich begangenen 60-jährigen Jubiläums der Berliner Luftbrücke sagte Brooks, dass die Luftbrücke ein sehr gutes Symbol dafür sei, wie Zusammenarbeit funktionieren und was sie bewirken könne. Im Gegensatz dazu stehe die Berliner Mauer: Die Geschichte habe mehrmals gelehrt, dass Protektionismus und Isolation nicht funktionierten.

Brooks sagte, er glaube an die europäisch-amerikanische Partnerschaft, die sein Unternehmen mit EADS führe. Es gehe grundsätzlich darum, neu entwickelte Sicherheitstechnologie besser und schneller einzuführen, um das Leben von Menschen zu retten. So ließe sich die Produktion steigern und Bedürfnisse der NATO besser berücksichtigen. Wichtig seien transparente Kriterien und die rechtzeitige Übertragung der Technik an Verbündete.

Die NATO sieht Brooks als eine auf Dauer angelegte Allianz, deren Aufgaben sich zwar nach Ende des Kalten Krieges verändert hätten, die aber weiter vor großen Aufgaben stünde, wie z. B. in Afghanistan. Dort stünde man

vor einer ökonomischen und taktischen Herausforderung. Kritisch seien nach wie vor die Bodenüberwachung und damit die Gewährleistung von Schutz für die eigenen Streitkräfte. Um Hinterhalte zu verhindern, in denen kürzlich amerikanische und auch französische Soldaten ihre Leben verloren hätten, müsse man die Erfassung von Fahrzeugansammlungen bis hin zur Erfassung einzelner Fahrzeuge verbessern.

Außerdem müsse die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan besser überwacht werden, forderte Brooks. Nach Angriffen durch Aufständische ginge es darum, diese umgehend zurückzuverfolgen, um die Ausgangs-

stützpunkte aufzufindig zu machen. Zusätzlich benötige man mehr Frühwarnsysteme – dafür gelte es, die Nachrichtenlage besser zu nutzen, um an genauere Informationen zu gelangen. Schrumpfende Verteidigungshaushalte machten diese Aufgaben allerdings nicht einfacher.

Mit den neuen Präsidenten und Regierungschefs in den USA, in der EU und bei der Nato gebe es weiterhin große Möglichkeiten, etwas in der Welt zu bewegen. Wichtig sei es, sich in der Krise nicht zu isolieren, sondern sich den globalen Herausforderungen gemeinsam zu stellen, um künftig komplexe und schwierige Aufgaben wie den Cyberspace zu meistern.

## Die Ausrüstung der Zukunft

Plug and Fight

(BS/ein) Es gebe zu viele verschiedene Modelle von militärischer Schutzbekleidung in der EU und damit keine Effizienz, sagte Claire Curtis-Thomas, Berichterstatterin bei der Interparlamentarischen Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung. Der Markt sei zu fragmentiert, um mit der amerikanischen Konkurrenz mithalten zu können, denn die unterschiedliche Nachfrage der EU-Staaten fördere unterschiedliche Lösungen, die dann hinterher interoperabel gemacht werden müssten. Einzelne EU-Staaten hielten an ihren Herstellern fest, um Arbeitsplätze im eigenen Land zu sichern. Dabei könnten insgesamt mehr Jobs entstehen, wenn die "national champions" verschwinden und man sich europaweit auf wenige wettbewerbsfähige Ausrüster konzentrieren würde – ähnlich wie in der zivilen Luftfahrt, erklärte Curtis-Thomas. Heute beschäftige Airbus mehr Menschen, als es vorher die kleinen nationalen Unternehmen zusammen getan hätten.

Auf die unterschiedlichen Bedrohungssituationen für Soldaten wies Dr. Karsten Deiseroth von der EADS Deutschland GmbH hin. Dem Soldaten stünden heute oftmals sowohl asymmetrische als auch symmetrische Gefahren in den Einsatzgebieten gegenüber. Man müsse auf Anschläge aus der unmittelbaren Umgebung (z. B. Selbstmordattentäter), aus dem Nahbereich (Scharfschützen) sowie aus dem Fernbereich (z. B. Raketen, Artilleriegeschosse) vorbereitet sein. Auch Cyber-Attacken seien möglich. "Multilayered Protection", also der vielseitige Schutz durch einen ganzheitlichen Systemansatz, sei deshalb unerlässlich. Um technisch möglichst alle Gefahrenpotenziale abzudecken, arbeite man daran, interoperable Lösungen zu finden, die die schnelle Kompatibilität verschiedener Systemkomponenten gewährleisten (Plug and Fight).

Zu den technischen Entwicklungen gehöre z. B. der zentrale Körpercomputer, der den Kontakt mit der Basis regelt und das Führen eines Online-Handbuchs ermöglicht, um wichtige Daten zu speichern. Funktionelle Kleidung kontrolliere die Körpertemperatur und könne damit in extremen Gefilden und in Kampfsituationen lebensrettend sein, so Deiseroth. Speziell mit Kameras und Laserpointern ausgerüstete Gewehre ermöglichten es, um die Ecke zu schießen, ohne sich dabei selbst einer größeren Gefahr auszusetzen. Visuelle Aufzeichnungen könnten

zusätzlich wertvolle Informationen an die Basis liefern.

Problematisch sei noch die schwere Last solcher hochtechnisierten Ausrüstung von zum Teil 30 bis 50 Kilogramm. Hier arbeite man daran, dass sich Soldaten in Zukunft auch mit schwerem Gewicht ergonomisch bewegen könnten, berichtete Jean-Francois Coutris von Sagem Defense Sécurité. Die Robotik verspreche, dass ein Soldat irgendwann ein fünfmal höheres Gewicht tragen könne als noch heute. Die Batterielaufzeit als Grundlage der Funktionalität der Ausrüstung reiche heute bereits bis zu 24 Stunden.

Brigadegeneral Dr. Thomas Czirwitzky betonte, dass der Schutz des Soldaten ein integrales System sei, das nicht nur aus einer hochtechnisierten Ausrüstung bestünde, sondern eine von Anfang an gute Ausbildung und vernünftige Aufklärung über die Einsatzgegebenheiten beinhalte. Die körpernahe Ausrüstung der Soldaten müsse und werde teils bereits auf die Größe einer Infanteriegruppe bezogen. Damit käme man den praktischen Anforderungen nach, zehn Mann lagebedingt so auszurüsten, dass sie in dieser Größenordnung optimal für die gegenseitige Kommunikation und den Schutz ausgestattet seien.

Auf die Frage, warum man beispielsweise in Afghanistan keine handelsüblichen Fahrzeuge verwenden, die nicht sofort als Militärmaschinen zu erkennen seien, verwies

Czirwitzky auf das besondere Terrain vieler Einsätze. Fahrzeuge müssten so beschaffen sein, dass sie auch außerhalb asphaltierter Straßen manövrierfähig blieben und natürlich gut gepanzert seien. Außerdem sei ein hoher Ausguck unerlässlich. Die eingesetzten Vehikel seien bereits ein Kompromiss zwischen Wendigkeit, Gewicht und Schutz – normale Pickup-Trucks hätten keine vergleichbaren Eigenschaften.

Ein wesentlicher Bestandteil, um die Operabilität des Soldaten aufrecht zu erhalten, sei das funktionierende Gehör, erklärte Philipp Kraft, Key Account Executive bei 3M. "Ein einziger Schuss könnte dazu führen, dass das Gehör irreversibel geschädigt wird."

Ein hoch entwickelter Gehörschutz lasse nur noch manche Töne hindurch. So regle der Kopfhörer von 3M bei Impulslärm ab einer Lautstärke von 82 db ab und schütze beispielsweise vor Explosionslärm. Danach könne eine unterbrochene Unterhaltung sofort wieder aufgenommen werden, ohne den Gehörschutz abnehmen zu müssen, berichtete Kraft. Der neuartige Schutz ermögliche es außerdem, das sogenannte Richtungshören im Umkreis von 360 Grad aufrecht zu erhalten und das über die Ohren gesteuerte Gleichgewicht des Körpers nicht zu stören. Weiter arbeite man an Kombinationslösungen, in denen Kopfschutz, Helm und Schutzbrille integriert und aufeinander abgestimmt seien.

## Notebooks für Soldaten

Commercial off-the-shelf kann MIL-SPEC-Computer ersetzen

(BS/ckö) "Der Datentransfer der modernen Streitkräfte steigt so schnell, dass die eingesetzten PCs kaum hinterher kommen", erläuterte Holger W. Kalnischkies von Panasonic. Er stellte den Teilnehmern der Berlin Security Conference (bsc) in Berlin die neue Notebook-Generation des Computerherstellers vor.

Kategorie "UltraMobile-rugged" ist das neue; nur 800 Gramm schwer, mit acht bis zehn Stunden Akkulaufzeit und einer standardisierten Plattform. Es könne überall eingesetzt werden und passe in eine Handfläche, so Kalnischkies. Der Vorteil dieses Commercial Off-the-Shelf-Produktes (COTS) sei neben dem geringeren Preis auch die hohe Flexibilität und bessere logistische Unterstützung, da diese Notebooks überall auf der Welt repariert bzw. ausgetauscht werden könnten.

Vor allem im IT-Bereich schreite die technische Entwicklung besonders schnell voran. Während MIL-SPEC-Computer, also speziell für das Militär entwickelte Computersysteme, für rund zehn Jahre gekauft würden, könne man bei COTS-Produkten schnell Komponenten austauschen oder sogar das gan-

ze Gerät. So könne man immer auf dem neuesten technischen Stand bleiben. Die neue Notebook-Generation erlaube "State-of-the-Art-Communication", erläuterte Kalnischkies. So würden gleichzeitige Ton-, Bild- und Textübertragungen unterstützt.

Aufgrund ihrer geringen Größe sind die "Toughbooks" von Panasonic mobil einsetzbar und könnten schnell in bestehende Fahrzeuge eingebaut werden. Durch die von zivilen Notebooks bekannte Oberfläche erleichtern die Notebooks die Einarbeitung für die Soldaten. Sie könnten in mehr Anwendungsgebieten eingesetzt werden, daher seien COTS-Produkte "absolut in der Lage, in einigen Bereichen MIL-SPEC-Computer zu ersetzen", fasste Kalnischkies zusammen. Panasonic habe die Toughbooks bei vielen Streit-

kräften, darunter die Bundeswehr und die US Army, bereits im Einsatz.

Die "Toughbooks" von Panasonic gibt es in den Varianten "Business-rugged", "Semi-rugged", "Fully-rugged", "Vehicle-mounted-rugged" und "UltraMobile-rugged". Der neue "UltraMobile-rugged" ist der weltweit erste widerstandsfähige Ultramobil-PC (UMPC). So verkrafte das Gerät Stürze aus einer Höhe von 120 cm und ist staub- und wasserresistent nach IP54. Die Dateneingabe erfolgt via Tastatur oder per Stift/Finger über den 5,6 Zoll großen Touchscreen, der selbst bei direkter Sonneneinstrahlung ablesbar sein soll. Für die drahtlose Kommunikation steht standardmäßig WLAN und Bluetooth zur Verfügung. HSDPA-Modul, GPS sowie weitere Module sind optional integrierbar.

